

# Wahlsysteme und Frauenrepräsentation Ein Vergleich der deutschen Landesparlamente\*

*Wahlsysteme und Quotenregelungen üben einen beträchtlichen Einfluss auf die Repräsentationschancen von Frauen in Parlamenten aus. Weil sich die Forschung bislang überwiegend auf reine Mehrheits- und Verhältniswahlsysteme und damit vor allem auf die Selektionsregel zur Stimmentransformation konzentriert hat, sind die Wirkungszusammenhänge allerdings längst noch nicht geklärt. Wir unterscheiden zwischen der Inputseite (Transformation von Wählerpräferenzen in -stimmen) und der Outputseite (Umwandlung von Wählerstimmen in Parlamentssitze) von Wahlsystemen. Auf dieser konzeptionellen Grundlage untersuchen wir die Entwicklung der Frauenrepräsentation in den deutschen Landesparlamenten zwischen 1957 und 2004 mit gepoolten Zeitreihenanalysen. Besonderes Augenmerk richten wir auf die Unterschiede zwischen den dabei zur Anwendung kommenden Wahlsystemen. Es zeigt sich, dass eine Reihe von Wahlsystemelementen auf der Input- wie der Outputseite – der Anteil von Wahlkreis- im Verhältnis zu Listenmandaten, Quotenregelungen, die Zahl der zu vergebenden Listenmandate und die effektive Zahl der Parteien – gemeinsam auf die deskriptive Repräsentation von Frauen einwirken.*

## Inhalt

1. Mischwahlsysteme als „blinder Fleck“ der Repräsentationsforschung	168
2. Hypothesen und Untersuchungsdesign	172
a) Repräsentationseffekte der Input-Dimension von Wahlsystemen	172
b) Repräsentationseffekte der Output-Dimension von Wahlsystemen	174
c) Untersuchungsdesign und Methode	175
3. Analyse	177
4. Konsequenzen	180
Literatur	181

\* Der Beitrag beruht auf Analysen, die wir im Rahmen des von der Fritz Thyssen Stiftung geförderten Projekts „Wahlsysteme und Frauenrepräsentation“ (Az. 10.05.1.108) durchgeführt haben. An diesem Projekt war neben den Autoren Annette Przygoda beteiligt. Wir danken den Teilnehmern der Forschungskolloquien des Instituts für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg und der School of Politics and International Relations der University of Nottingham sowie einem Gutachter für hilfreiche Hinweise.

### *1. Mischwahlsysteme als „blinder Fleck“ der Repräsentationsforschung*

Obwohl das Frauenwahlrecht in den meisten westlichen Demokratien bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durchgesetzt war, variiert der Frauenanteil in den Parlamenten zu Beginn des 21. Jahrhunderts immer noch beträchtlich und liegt häufig deutlich unter demjenigen der Männer. Nach den Daten der Inter-Parliamentary Union sind im Durchschnitt nur rund 20 % der Abgeordneten in den OSZE-Mitgliedsstaaten (einschließlich der nordischen Länder) weiblich (Inter-Parliamentary Union 2007). Schweden führt die Rangliste mit einem Frauenanteil von 47,3 %<sup>1</sup> an, während Ungarn mit 10,4 %, Irland mit 13,3 %, Griechenland mit 16,0 %, die USA mit 16,3 % und Frankreich mit 18,5 % weit unten rangieren. Wie lassen sich diese Unterschiede erklären? Mittlerweile liegen zahlreiche Forschungsbeiträge vor, die sozioökonomische und kulturelle Unterschiede (Reynolds 1999; Shvedova 1998) oder die Variationen institutioneller Arrangements und dabei vor allem Wahlsystemunterschiede (Rule 1987) in den Mittelpunkt der Erklärung stellen.

Auch auf der subnationalen Ebene finden sich erstaunliche Differenzen. In Kanada liegt der Frauenanteil zwischen 10,9 % in New Brunswick und 30,9 % in Quebec, in den USA zwischen 8,8 % in South Carolina und 33,3 % in Arizona, schließlich in Polen zwischen 3,3 % in Swietokrzyski und 23,3 % in Zachodniopomorskie. Während solche regionalen Varianzen für Kanada, die USA und Großbritannien bereits intensiv erforscht worden sind,<sup>2</sup> gehört die folgende Analyse zu den ersten, die sich mit den deutschen Landesparlamenten beschäftigen.<sup>3</sup> Das ist insofern eine überraschende Forschungslücke als in den deutschen Landesparlamenten ebenfalls eine beträchtliche Varianz bei der Repräsentationsquote von Frauen auftritt. Während im baden-württembergischen Landtag zum Ende des Untersuchungszeitraums (2004) nur 22 % der Abgeordneten weiblich waren, waren es in Hessen 31,8 % und in Bremen sogar 44,6 %.

Alle in den Bundesländern zur Anwendung kommenden Wahlsysteme gehören im Hinblick auf die Transformation von Wählerstimmen in Parlamentssitze, die wir im Folgenden als Outputdimension bezeichnen werden, zu den Verhältniswahlsystemen. Hinsichtlich der Transformation von Wählerpräferenzen in -stimmen, und damit der Inputdimension, finden wir hingegen starke Varianz. So wendet etwa Bremen ein reines Listenwahlsystem an, während den Wählern in Hessen eine Kandidaten- und eine Listenstimme zur Verfügung stehen und Kandidaten in Einerwahlkreisen und/oder auf Parteilisten antreten. Damit gehört das hessische Wahlsystem mit seiner Mischung auf der Inputseite zu den gemischten Wahlsystemen des Typs

- 1 Die Zahlenangaben beziehen sich bei bikameralen Parlamenten auf die erste Kammer.
- 2 Zu den Einzelstaaten der USA siehe Carroll 2003; Carroll/Jenkins 2001; Werschkul/Williams 2004. Zu Australien, Großbritannien, Kanada und Neuseeland siehe Matland/Studlar 1996b, 1998; Welch/Studlar 1990; Sawer/Tremblay/Trimble 2006. Zum Teil konzentrieren sich diese Studien auf einen Vergleich zwischen den subnationalen und nationalen Mustern sowie auf Interaktionseffekte zwischen den Ebenen. Da wir vorrangig an den Repräsentationseffekten von Wahlsystemelementen interessiert sind, werden wir die Repräsentationslücke zwischen nationaler und subnationaler Ebene (Vengroff/Nyiri/Fugiero 2003) nicht untersuchen, sondern beschäftigen uns mit der subnationalen Ebene als eigenständiger Analyseinheit.
- 3 Davidson-Schmich (2006) konzentriert sich auf die Implementation der parteipolitischen Quotenregelungen in den Bundesländern.

der personalisierten Verhältniswahl (Kaiser 2002). Baden-Württembergs Wahlsystem weist schließlich die Besonderheit auf, dass es nur Wahlkreiskandidaten und keine Parteilisten gibt. Die Parlamentssitze werden neben den Siegern in den Wahlkreisen an die stimmenstärksten Verlierer in den Wahlkreisen derart vergeben, dass die Parteien proportional zu ihrem landesweiten Wahlergebnis Sitze zuerkannt bekommen. Dieser Überblick macht bereits deutlich, dass der Vergleich der deutschen Bundesländer eine besonders günstige Grundlage darstellt, um die Auswirkungen unterschiedlicher Wahlsystemelemente auf die Frauenrepräsentation erforschen zu können.

Wir schließen mit unserer Analyse an die umfangreiche Literatur zu den wahlsystemspezifischen Erklärungsfaktoren für die Repräsentation von Frauen bzw. allgemeiner die deskriptive Repräsentation sozialer Gruppen an, gehen aber über sie hinaus. Unsere Untersuchung basiert auf einem angemessen komplexen Verständnis von Wahlsystemen. Während nämlich die simple Unterscheidung zwischen Mehrheits- und Verhältniswahlsystemen bei vielen Fragestellungen ein akzeptables Konzept für die Untersuchung von Wahlsystemeffekten im 20. Jahrhundert gewesen sein mag, hat die Ausbreitung gemischter Wahlsysteme, z. B. in Italien, Japan, Neuseeland, Russland oder Ungarn, am Ende des 20. Jahrhunderts das bisherige Vorgehen infrage gestellt. All diese Systeme weisen zum Teil relativ komplexe Kombinationen von Elementen auf, deren eigenständige Bedeutung zugunsten einer summarischen Betrachtung von Mehrheits- und Verhältniswahlsystemen bislang weitgehend ignoriert worden ist.

Die Komplexität der institutionellen Arrangements eines Wahlsystems kann über zwei Dimensionen erfasst werden. Die Inputdimension umfasst die institutionellen Regelungen, die sich auf die Transformation von individuellen Wählerpräferenzen in abgegebene Stimmen beziehen, also vor allem die Kandidaturform und die Stimmgebung. Wir werden im Folgenden sehen, dass für eine Analyse, die die Repräsentationseffekte von Wahlsystemen in den Fokus rückt, gerade diese Aspekte von beträchtlicher Bedeutung sind.<sup>4</sup> Die zweite Dimension umfasst die Regelungen auf der Outputseite, d. h. bei der Umwandlung aggregierter Wählerstimmen in Parlamentssitze. Wichtige Institutionen sind hier die Größe der Verrechnungswahlkreise, die Selektionsregel (Verhältnis- oder Mehrheitsregeln) sowie etwaige Stimmhürden.

Auf der Grundlage einer solchen zweidimensionalen Heuristik der Wahlsystemelemente lassen sich gemischte Wahlsysteme damit als solche definieren, bei denen entweder auf der Inputseite (parallele Verwendung der Kandidaturformen Wahlkreiskandidat und Parteiliste) oder auf der Outputseite (gleichzeitiger, nicht-hierarchischer Gebrauch der Selektionsregeln Mehrheits- und Verhältniswahl) oder auf beiden Seiten zugleich eine Mischung vorliegt (Kaiser 2002).<sup>5</sup> So gesehen, gehören die meisten in Deutschland angewendeten Wahlsysteme zum gemischten Typus der personalisierten Verhältniswahl, der sich durch eine parallele Verwendung der Kandidaturformen und eine hierarchische Gliederung der Selektionsregeln auszeichnet.

- 4 Die Inputdimension wird in der Forschung zu den Auswirkungen von Wahlsystemen bislang fast völlig ignoriert. Siehe stellvertretend für viele Beiträge Lijphart 1994.
- 5 Diese Konzeptualisierung unterscheidet sich deutlich von anderen jüngeren Vorschlägen, die entweder die Inputseite von Wahlsystemen ausblenden (Massicotte/Blais 1999) oder die sich allein auf die Kombination von unterschiedlichen Kandidaturformen beziehen (Shugart/Wattenberg 2001).

Ein Überblick zu den Landeswahlsystemen (vgl. Tabelle 1) zeigt, dass diese zum Zeitpunkt 2004 – mit Ausnahme von Bremen, Hamburg und dem Saarland, die reine Verhältniswahlsysteme mit geschlossenen Listen anwenden – alle dem Typus der personalisierten Verhältniswahl zuzurechnen sind. Allerdings existieren auch in dieser Gruppe eine Reihe von Unterschieden, etwa zwischen Ein- und Zweistimmensystemen, im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Direktwahlkreisen und Listenmandaten oder bezüglich der Nutzung von Landeslisten oder regionalen Listen. Schließlich ist anzumerken, dass fast alle Wahlsysteme im Untersuchungszeitraum 1957-2004 Veränderungen erfahren haben, sodass auch über Zeit Varianz existiert (Massicotte 2003).

*Tabelle 1  
Die Wahlsysteme der Bundesländer (2004)<sup>a</sup>*

Bundesland	Wahlsystem	Parlamentsgröße (Direkt-/Listenmandate)	Nominierungsebene der Liste	Stimmenanzahl
Baden-Württemberg	VW <sup>b</sup>	120 (70/50) <sup>d</sup>	Verteilung an stimmenstärkste unterlegene Wahlkreiskandidaten	1
Bayern	pers. VW <sup>c</sup>	80 (92/88)	7 Bezirke	2
Berlin	pers. VW	30 (78/52)	Land oder 12 Bezirke <sup>e</sup>	2
Brandenburg	pers. VW	88 (44/44)	Land	2
Bremen	VW	83	2 Bezirke	1
Hamburg	VW	121	Land	1
Hessen	pers. VW	110 (55)	Land	2
Mecklenburg-Vorpommern	pers. VW	71 (36/35)	Land	2
Niedersachsen	pers. VW	155 (100/55)	Land	2
Nordrhein-Westfalen	pers. VW	201 (151/50)	Land	1
Rheinland-Pfalz	pers. VW	101 (51/50)	Land oder 4 Bezirke	2
Saarland	VW	51	Land und 3 Bezirke	1
Sachsen	pers. VW	120 (60/60)	Land	2
Sachsen-Anhalt	pers. VW	99 (49/50)	Land	2
Schleswig-Holstein	pers. VW	75 (45/30)	Land	2
Thüringen	pers. VW	88 (44/44)	Land	2

<sup>a</sup> Zu weiteren Details vgl. Massicotte 2003.

<sup>b</sup> VW = Verhältniswahl mit geschlossener Liste.

<sup>c</sup> pers. VW = personalisierte Verhältniswahl bzw. gemischtes Wahlsystem.

<sup>d</sup> Baden-Württemberg verwendet ein „best losers“-System anstelle von Listen.

<sup>e</sup> In Berlin und Rheinland-Pfalz können die Parteien zwischen einer Landesliste oder regionalen Listen wählen.

Gemischte Systeme standen in den letzten Jahren im Zentrum der politikwissenschaftlichen Wahlsystemforschung. Es finden sich sowohl Länderstudien, die sich mit Ursachen und Wirkungen der Einführung von gemischten Wahlsystemen auseinandersetzen,<sup>6</sup> als auch theoretische und empirisch vergleichende Untersuchungen zu der Frage, in welchem Maße Parteien und Wähler die strukturellen Anreize gemischter Wahlsysteme strategisch nutzen.<sup>7</sup> Was bislang fehlt, sind systematische Analysen der Repräsentationswirkungen komplexer Wahlsysteme.

Wir untersuchen die Effekte unterschiedlicher Kombinationen von Wahlsystemelementen auf die Frauenrepräsentation in einer gepoolten Zeitreihenanalyse der Landesparlamente in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum von 1957 bis 2004. Dieses Analysedesign bietet einige Vorteile: Durch die Konzentration auf die subnationale Ebene eines Landes lässt sich im Hinblick auf die sozioökonomischen und kulturellen Rahmenbedingungen – von denen wir wissen, dass sie die Frauenrepräsentation beeinflussen – eine Minimierung der Kontextvarianz erzielen (Snyder 2001). Durch das Konstanthalten bzw. Minimieren des Einflusses von Kontrollvariablen erreichen wir quasi-experimentelle Bedingungen, was die aus der ländervergleichenden Forschung bekannten Probleme der Äquivalenz von Konzepten deutlich reduziert (Van Deth 1998). Zugleich bietet der deutsche Fall sowohl hinsichtlich der unabhängigen Variablen – Wahlsystemelemente auf der Input- und Outputseite – als auch der abhängigen Variable – Frauenrepräsentation – genügend Varianz für eine statistische Analyse. Der Einbezug aller Landesparlamente über einen Zeitraum von fast 50 Jahren schließlich mindert das klassische „small N“-Problem der ländervergleichenden Erforschung institutio-neller Effekte beträchtlich. Es stehen uns nicht nur 16 Parlamente, sondern insgesamt mit 127 Legislaturperioden eine große Zahl an Beobachtungseinheiten zur Verfügung. Schließ-llich können wir auf der Grundlage unseres Verständnisses von Wahlsystemen als einer Kom-bination von einzelnen Institutionen der Frage nachgehen, ob die verschiedenen Wahlsystem-elemente jeweils unabhängig auf die Repräsentation von Frauen einwirken oder ob Interaktionseffekte auftreten.

In Abschnitt 2 präsentieren wir unsere Hypothesen zum Zusammenhang zwischen den Wahlsystemelementen und der Repräsentation von Frauen in den Landesparlamenten, erläu-tern die dahinter stehenden Annahmen über die kausalen Effekte und diskutieren, wie wir die jeweils verwendeten Variablen operationalisiert haben. Abschnitt 3 dient der Diskussion unserer empirischen Befunde. Im abschließenden Abschnitt 4 fassen wir unsere Ergebnisse zusammen. Wir diskutieren zum einen, welche Relevanz die Befunde für die politikwissen-schaftliche Forschung zu den Repräsentationswirkungen von Wahlsystemen haben. Zum anderen gehen wir in einer Art „institutional engineering“-Perspektive darauf ein, welche Konsequenzen sich aus unserer Untersuchung für diejenigen ergeben, die mithilfe von Wahl-systemen die deskriptive Repräsentation bestimmter gesellschaftlicher Gruppen stärken möchten.

6 Barker/McLeay 2000; Curtice 2006; Denemark 2003; Shugart/Wattenberg 2001; Vowles/Banducci/Karp 2006.

7 Ferrara 2004; Ferrara/Herron 2005; Gschwend 2004; Herron 2002; Herron/Nishikawa 2001; Kostadinova 2006.

## 2. Hypothesen und Untersuchungsdesign

### a) Repräsentationseffekte der Input-Dimension von Wahlsystemen

Das hier zugrunde gelegte Verständnis von Wahlsystemen als zweidimensionalen Arrangements ermöglicht die systematische Einbeziehung der Effekte, die von Kandidaturformen und Stimmgebungsverfahren auf die strategischen Handlungsmöglichkeiten des parteiinternen Selektorats wie des Elektorats wirken. Im Kern gehen wir davon aus, dass diese Elemente neben den in der Literatur breit untersuchten Quotenregelungen in unterschiedlicher Weise Prozesse des „ticket-balancing“, also der strategischen Zusammenstellung des Kandidatentableaus, ermöglichen. Ein solch strategischer Interessenausgleich dient der innerparteilichen Geschlossenheit und erzielt zugleich eine möglichst große Attraktivität des Kandidatenangebots in unterschiedlichen Wählersegmenten. In unserem Zusammenhang dient das „ticket-balancing“ der Optimierung der deskriptiven Repräsentation von Frauen und Männern. Die Untersuchung solcher Wirkungszusammenhänge ist nicht neu,<sup>8</sup> aber der heuristische Wert unseres Vorgehens liegt darin, dass bereits bekannte empirische Regelmäßigkeiten analytisch differenzierter als bisher berücksichtigt werden und gerade dadurch ihr Zusammenwirken untersucht werden kann. Im Folgenden stellen wir die untersuchungsleitenden Hypothesen im Einzelnen dar.

*H1 Kandidaturform: Je höher der Anteil der Einzelkandidaturen an den Gesamtsitzen im Parlament, desto niedriger der Anteil der Frauen.*

Wir gehen davon aus, dass Listenkandidaturen nicht nur ein größeres Potenzial, sondern vor allem auch Anreize für die strategisch ausgleichende Zusammenstellung des Kandidatentableaus bereitstellen (Norris 1997), während die Kandidatenaufstellung in Einerwahlkreisen einen Nullsummencharakter annimmt – entweder ein Mann oder eine Frau wird nominiert (Ballington/Matland 2004). Solange Politik auf lokaler Ebene noch immer ein vorwiegend männlich dominierter Bereich ist (Freedman 2004), sind die Chancen von Frauen, sich in einem solchen Nullsummenspiel durchzusetzen, gering. Zusätzlich wissen wir, dass Wahlkreismandate geringere „turnover“-Raten aufweisen als Listenmandate (Manow in diesem Heft; Matland/Studlar 2004). Die Möglichkeitsfenster für (weibliche) Newcomer sind somit eng begrenzt. Die Kombination der Kandidaturformen in gemischten Wahlsystemen reduziert daher die Repräsentationschancen von Frauen im Vergleich zu reinen Verhältniswahlsystemen mit Liste. Diese Variable operationalisieren wir als Anteil der Wahlkreismandate an der Gesamtzahl der Parlamentssitze.

8 Beckwith 1992; Matland 1998; Rule 1987.

*H2 Stimmgebung: In Einstimmensystemen ist der Anteil der Frauen im Parlament niedriger als bei Mehrstimmgebung.*

Während die Effekte der Stimmgebung auf die Möglichkeiten des strategischen Wählens in jüngster Zeit ausführlich erforscht worden sind (Gschwend 2004), ist bislang nicht untersucht worden, ob sich auch Effekte auf die Repräsentation von Minderheiten oder Frauen nachweisen lassen. Es kann aber angenommen werden, dass Mehrstimmgebung eine Erweiterung der Repräsentationsziele ermöglicht und zur Wahl einer Einzelkandidatin beziehungsweise einer Parteiliste mit vielen Kandidatinnen führt, während Einstimmensysteme die Wähler vor eine Nullsummenentscheidung stellen.<sup>9</sup> Diese Variable wird als Dummy operationalisiert. Einstimmensysteme codieren wir mit 0, Zweistimmensysteme mit 1.

*H3 Systematisierte Nominierungsverfahren: Je höher der Sitzanteil der Parteien, die bei der Kandidatennomination Quotenregelungen anwenden, desto höher ist der Frauenanteil im Parlament.*

Unsere dritte Hypothese ist selbsterklärend. Während die ersten beiden Hypothesen darauf beruhen, dass die Parteiselektorate das Wählerverhalten antizipieren und die Wähler sich dann tatsächlich so verhalten wie angenommen, geht von Quotenregelungen ein direkter Effekt auf die Frauenrepräsentation aus. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass der Zeitpunkt der Einführung und die Höhe der Quoten in den verschiedenen Parteien von einer Reihe von Faktoren abhängen. Dazu gehören die Einstellungsmuster von Parteieliten, die Anzahl der weiblichen Parteiaktivistinnen, die auf Quotenregelungen drängen, die ideologische Ausrichtung von Parteien, ihre Organisationsstrukturen sowie die Stärke von Ansteckungseffekten zwischen miteinander im Wettbewerb stehenden Parteien (Caul 1999, 2001). Für die Messung des von den einzelnen, unterschiedlich ausgestalteten Quotenregelungen der Parlamentsparteien ausgehenden Gesamteffekts ist ein aggregierter Quotenindex erforderlich.<sup>10</sup> Wir operationalisieren die aggregierte Quote als Summe der um die jeweilige Parteienstärke gewichteten Quotenhöhe. In Tabelle 2 illustrieren wir die Berechnung an einem Beispiel.

- 9 Hierzu zählt sicher auch die Präferenzstimmgebung, wie sie etwa bei offenen und lose gebundenen Listen auftritt (Ballington/Matland 2004; Rule/Shugart 1995). In unserem Fall ist diese Möglichkeit im Untersuchungszeitraum 1957–2004 allerdings nur in Bayern gegeben. Daher nehmen wir die Effekte von Präferenzstimmgebung nicht in unsere Analyse auf.
- 10 Die SPD verwendete zwischen 1988 und 1990 eine Quote von 25 %, zwischen 1991 bis 1993 von 33 % und seither von 40 %, wobei Brandenburg ein alternierendes Verfahren und damit faktisch eine 50 %-Quote praktiziert. Die Grünen haben in ihrem Parteistatut eine 50 %-Quote verankert. Die CDU nutzt ein 33 %-Quorum, das aber nicht verbindlich und damit keine Quotierung ist.

*Tabelle 2  
Operationalisierung des Quotenindex, Beispiel Hamburg 2004*

	<b>Sitzanteil</b>	<b>Quote</b>	<b>gewichtete Quote für Partei</b>	<b>Quotenindex</b>
CDU	52,07	0	0	
SPD	33,88	0,40	13,55	
FDP	0	0	0	
Grüne	14,05	0,50	7,03	
PDS	0	0,50	0	
Quotenindex				20,58

Eine weitere, in der international vergleichenden Forschung geläufige Hypothese kann hier nicht gesondert getestet werden. Aus empirischen Analysen wissen wir, dass mit der Zentralisierung von Nominierungsentscheidungen in Parteien die Chancen von Frauen, nominiert zu werden, ansteigen (Caul 2001; Matland 1998). Wegen der starken Regulierung der Kandidatenaufstellungen in den deutschen Parteien besteht im Hinblick auf die Nominierungsebene jedoch nicht genügend Varianz, um einen solchen Effekt messen zu können. Allerdings kann nicht von vornherein ausgeschlossen werden, dass Rekrutierungsmuster in den neuen Bundesländern zumindest in den Wahlen der 90er- und frühen 2000er-Jahre signifikant von den aus den westlichen Ländern bekannten Mustern abweichen, da die Parteien lokal erst neu aufgebaut werden mussten. Aus diesem Grunde führen wir neben der umfassenden Panelanalyse für alle Bundesländer und Wahlen im Untersuchungszeitraum noch eine gesonderte Analyse nur für die alten Länder durch.

### *b) Repräsentationseffekte der Output-Dimension von Wahlsystemen*

Auf der Outputseite sind Wirkungen auf die Frauenrepräsentation von drei Wahlsystemelementen zu erwarten: von der Selektionsregel bei der Zuweisung von Sitzen auf der Grundlage der Stimmverteilung, von der Größe der Listenwahlkreise sowie von Stimmhürden. Da die 5 %-Klausel sowie die proportionale Selektionsregel in allen hier betrachteten Ländern Anwendung findet und somit keine Varianz der unabhängigen Variable existiert, konzentrieren wir uns im Folgenden auf die Listenwahlkreise, für die wir zwei aufeinander bezogene Hypothesen formulieren.

*H4 Listenwahlkreisgröße: Je größer der Listenwahlkreis in Systemen mit proportsionaler Selektionsregel, desto höher ist der Anteil der Frauen im Parlament.*

Die Wahlkreisgröße beeinflusst die Anzahl der umgesetzten Mandate pro Parteiliste, also der sogenannten „party magnitude“ (Matland 1998). Die Zahl der gewinnbaren Listenmandate pro Partei wiederum definiert die zur Verfügung stehende Kapazität für „ticket-balancing“-Entscheidungen (Matland 1998). Allerdings lässt sich aus den Befunden der Forschung ableiten, dass von der Wahlkreisgröße ein nicht-linearer Effekt ausgeht, der sich durch einen „take-off“-Punkt auszeichnet (Engstrom 1987; Rule 1994). Erst ab einer Mindestgröße des Wahlkreises ist genügend Potenzial dafür vorhanden, dass Parteien „ticket-balancing“

betreiben können. Wir gehen davon aus, dass der „take-off“-Punkt bei sechs Mandaten liegt und operationalisieren diese Variable entsprechend als Dummy. Da einzelne Parteien in einigen Ländern Regional- und nicht Landeslisten aufstellen, wird die Listenwahlkreisgröße als Quotient aus der Zahl der insgesamt zu vergebenden Listenmandate sowie der Anzahl der Listen einer Partei berechnet. Eine Listenwahlkreisgröße von mindestens 6 Mandaten codieren wir mit 1, liegt sie darunter, wird der Wert 0 vergeben.

*H5 Anzahl effektiver Parteien: Je geringer die Anzahl effektiver Parteien, desto höher ist der Frauenanteil im Parlament.*

Diese Hypothese dient zusätzlich zu H4 der Erfassung der Wirkungen der „party magnitudes“ auf der uns hier interessierenden Aggregationsebene des Parlaments. Selbstverständlich gehört die effektive Parteienzahl nicht unmittelbar zu den Elementen eines Wahlsystems, sondern hängt von der Interaktion des Wahlsystems mit sozialstrukturellen Faktoren und dem Wahlverhalten ab. Wir gehen aber davon aus, dass nur dann, wenn wenige Parteien sich den Großteil der zur Verfügung stehenden Listenmandate teilen, die „party magnitudes“ spürbare „ticket-balancing“-Wirkungen ermöglichen (Matland 1999). Die effektive Parteienzahl berechnen wir dem üblichen Vorgehen in der Literatur folgend mit dem Laakso-Taagepera-Index.

### c) Untersuchungsdesign und Methode

Der hier vorgenommene subnationale Vergleich der Frauenrepräsentation in den Parlamenten der 16 Bundesländer bietet zwei wesentliche Vorteile (Snyder 2001). Erstens kann damit die Fallzahl erhöht werden. Zweitens wird das Äquivalenzproblem des Vergleichs im Hinblick auf den Fallkontext wesentlich reduziert (Van Deth 1998). Anders als bei internationalen Ländervergleichen sind die sozioökonomischen und kulturellen Rahmenbedingungen relativ ähnlich – ein Umstand, der im Fall des deutschen Föderalismus durch das Jahrzehntlang verfolgte Ziel der „Einheitlichkeit“ bzw. mittlerweile der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ noch verstärkt wird. Der Vorteil eines solchen Forschungsdesigns liegt aber nicht nur darin begründet, dass die Rahmenbedingungen relativ ähnlich sind, sondern gerade darin, dass Kontextfaktoren äquivalente Bedeutung haben. So kann z. B. davon ausgegangen werden, dass religiös geprägte Einstellungsmuster zur Rolle der Frau in der Gesellschaft ähnliche Folgen für die Bereitschaft haben, weibliche Kandidaten bei Wahlen zu unterstützen. Im internationalen Vergleich kann dagegen nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden, dass Katholizismus überall mit ähnlichen Frauenbildern einhergeht.

Wir untersuchen allerdings nicht einfach die Frauenrepräsentationsquote im Ländervergleich, sondern nehmen eine multivariate Panelregressions- bzw. gepoolte Analyse für den Zeitraum zwischen 1957 und 2004 vor. Unsere Beobachtungseinheit ist der Frauenanteil im Parlament zu Beginn einer Legislaturperiode. Insgesamt stehen uns so 127 Beobachtungseinheiten zur Verfügung, was die Anwendung statistischer Verfahren überhaupt erst sinnvoll macht. Wir setzen mit dem Jahr 1957 ein, weil erst ab diesem Zeitpunkt reliable Daten für die Variablen zur Kontrolle des Einflusses von sozioökonomischen und kulturellen

Rahmenbedingungen auf Länderebene zur Verfügung stehen. Da die Wahltermine und die Länge der Legislaturperioden zwischen den Ländern variieren, haben wir zusätzlich eine Codierung der Zeitdimension vorgenommen. Die Jahre der Vereinigung, d. h. die in den Jahren 1989, 1990 und 1991 beginnenden Legislaturperioden werden als  $t_{12}$  codiert. So erhalten wir eine Zeitdimension von  $t_1$  bis  $t_{16}$  ohne Lücken.

Zwar wird zu Recht davor gewarnt, die Wirkungen institutioneller Variablen mittels gepoolter Modelle zu untersuchen, wenn über Zeit kaum institutionelle Varianz auftritt (Kittel 1999). In unserem Fall ist dieses Design aber angemessen, weil die unabhängigen Variablen, d. h. die Elemente der Wahlsysteme, immer wieder Gegenstand von Reformen gewesen sind, sodass außer im Hinblick auf die Listenwahlkreisgröße genügend Varianz gegeben ist (Massicotte 2003).<sup>11</sup>

Auch die Varianz der Werte der abhängigen Variable ist sowohl über Zeit als auch über die Länder hinweg angemessen groß, um das Instrument der Panelregression sinnvoll einzusetzen zu können. Die Spannweite des Frauenanteils zu Beginn einer Legislaturperiode im Datensatz reicht von 0,79 bis 44,58 %. Die Standardabweichung zwischen den Fällen beträgt 7,53, diejenige innerhalb der Fälle über Zeit 9,72.<sup>12</sup>

In unserer Untersuchung wird eine ganze Reihe von Kontrollvariablen berücksichtigt. Damit erfassen wir den kulturellen und sozioökonomischen Kontext, der die Nachfrage der Parteien nach weiblichen Parlamentskandidaten und das Angebot an Kandidatinnen im Rekrutierungsprozess beeinflusst. Wir berücksichtigen alle Kontrollvariablen, die in der bestehenden Forschungsliteratur als relevante Faktoren identifiziert worden sind und sich in einer bivariaten Korrelation mit dem Frauenanteil im Parlament als signifikant und damit als potenziell erklärend herausgestellt haben:

- das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in der vorherigen Legislaturperiode (Matland 1998);
- den Anteil erwerbstätiger Frauen an der weiblichen Bevölkerung (Matland 1998; Phillips 2003);
- das Verhältnis des Einkommens von Industriearbeiterinnen zu dem der Industriearbeiter (Einkommensquotient);
- die Geburtenrate;<sup>13</sup>

11 So wechselten Berlin im Jahr 1979, Hessen 1991 und Niedersachsen 1988 von einem Einstimmensystem zu einem Zweistimmensystem, in zahlreichen Fällen änderte sich das Verhältnis von Direkt- zu Listenmandaten, und Rheinland-Pfalz ging 1989 von einem reinen Listenwahlsystem zu einem gemischten Wahlsystem über.

12 Da die Frauenrepräsentationsrate im Untersuchungszeitraum kontinuierlich gestiegen ist, wurde ein Fisher type unit root Test für die Paneldaten durchgeführt, um auf Nichtstationarität der abhängigen Variable wie der ersten Differenzen der abhängigen Variable zu testen. Die Ergebnisse zeigen, dass Nichtstationarität zurückgewiesen werden kann.

13 Gertzog 1995; Norris 1997; Siaroff 2000.

- den Katholikenanteil (Rule 1987);<sup>14</sup>
- den Sitzanteil christdemokratischer Parteien (Rule 1987);
- den Stimm- sowie den Sitzanteil der Grünen als indirekten Indikator für die Verbreitung postmaterialistischer Einstellungsmuster im Elektorat (Inglehart/Norris 2003). Wir gehen davon aus, dass Postmaterialisten der Kandidatur von Frauen für politische Ämter ausgesprochen positiv gegenüberstehen. Natürlich handelt es sich hier um einen sehr groben Indikator, aber eine andere Datenquelle für die Ebene der Bundesländer über einen längeren Zeitraum ist nicht erhältlich;
- die Scheidungsrate. Wir nehmen an, dass diese negativ mit dem Ausmaß konservativer Frauenbilder korreliert und damit Aufschluss für die Offenheit gegenüber der Kandidatur von Frauen für politische Ämter gibt;
- schließlich den Urbanitätsgrad. Urbanität ist eng verbunden mit fluideren Rollenverständnissen. Da in unserem Sample Stadtstaaten (Berlin, Bremen, Hamburg) vertreten sind, testen wir mit dieser Variable, inwiefern unsere Befunde durch den hohen Anteil dieser sehr spezifischen Fälle determiniert werden.

### 3. Analyse

Wir haben den Konventionen entsprechend (Beck/Katz 1995) verschiedene Panelmodelle mit panel-korrigierten Standardfehlern und einer zeitverzögerten abhängigen Variable<sup>15</sup> gerechnet – ein einfaches gepooltes Modell, Modelle mit „fixed units effects“ sowie Modelle mit „fixed time effects“.<sup>16</sup> Da wir uns hier allerdings vorrangig für Niveauunterschiede interessieren, die aus unterschiedlichen Wahlsystemarrangements resultieren, konzentrieren wir uns im Folgenden auf verschiedene Varianten eines Modells mit fixen Zeiteffekten (vgl. Tabelle 3).<sup>17</sup>

- 14 Wir verwenden den Katholikenanteil sowie den Sitzanteil christdemokratischer Parteien als indirekten Indikator für die Verteilung von Einstellungen zur Rolle von Frauen in der Gesellschaft. Natürlich wäre es vorteilhaft, die Perzeption von Frauenrollen direkt zu messen, aber bisherigen Bemühungen ist es nicht gelungen, überzeugende alternative Indikatoren zu benennen (Banaszak/Plutzer 1993; Cassidy/Warren 1996).
- 15 Über die Aufnahme der zeitverzögerten abhängigen Variable korrigieren wir - aus methodischer Perspektive - für die in Paneldatensätzen häufig vorzufindende Autokorrelation. Aus theoretischer Perspektive kontrollieren wir so für den Effekt des Amtsinhaberbonus, der sich tendenziell negativ auf Frauenrepräsentationsraten auswirkt (Schwindt-Bayer 2005).
- 16 Da unsere abhängige Variable eine Proportion ist, haben wir neben den hier präsentierten auch ein Modell mit logarithmierter abhängiger Variable gerechnet. An den Befunden ändert sich dadurch nichts. Die hier aus Platzgründen nicht präsentierten Modelle werden von den Autoren auf Anfrage zur Verfügung gestellt.
- 17 Unsere Analyse unterscheidet sich in ihrem empirischen Fokus also von Untersuchungen, die vor allem an den Veränderungen über Zeit interessiert sind und daher die Zeitdimension in den Mittelpunkt rücken, wie etwa Analysen zu der Frage, ob eine kritische Masse von weiblichen Parteiaktivisten erforderlich ist, damit die Frauenrepräsentation signifikant steigt, und wie groß diese sein muss, damit ein merklicher Effekt eintritt (Studlar/McAllister 2002).

*Tabelle 3*  
*Ergebnisse der PCSE Regressionsanalyse<sup>a</sup>*

Modelle	Modell 1: FE(t) Standardisierte Koeffizienten (PCSE)	Modell 2: FE(t) Standardisierte Koeffizienten (PCSE)	Modell 3: FE(t) Standardisierte Koeffizienten (PCSE)
Inputseite des Wahlsystems			
Anteil Direktmandate	-0,09*** (0,007)	-0,09*** (0,008)	-0,09*** (0,007)
Zahl der Stimmen	0,03 (0,798)	0,04 (0,779)	0,03 (0,801)
Quotenindex	0,38*** (0,128)	0,34*** (0,139)	0,36*** (0,14)
Outputseite des Wahlsystems			
Listenwahlkreisgröße	0,03 (1,025)	0,05* (0,97)	0,04 (1,15)
effektive Parteienzahl	-0,09*** (1,054)	-0,1*** (0,722)	-0,1*** (0,8)
Kontrollvariablen			
BIP pro Kopf	-0,13*** (0,000)	-0,21*** (0,000)	-0,17*** (0,000)
Anteil erwerbstätiger Frauen	0,11** (0,115)	0,11*** (0,113)	0,11** (0,123)
Einkommensquotient	-0,07 (0,107)	-0,05 (0,096)	-0,07 (0,102)
Geburtenrate	0,09** (0,147)	0,06 (0,166)	0,06 (0,161)
Anteil Katholiken	-0,11*** (0,012)	-0,1*** (0,014)	-0,12*** (0,012)
Sitzanteil Christdemokraten	0,01 (0,062)		
Stimmenanteil Grüne		0,12** (0,156)	
Sitzanteil Grüne			0,05 (0,123)
Scheidungsrate	0,08** (0,609)	0,09** (0,579)	0,08** (0,605)
Urbanisierungsgrad	0,05* (0,012)	0,05* (0,012)	0,05** (0,012)
Zahl der Beobachtungen	Zeiteffekte: chi2(14) = 616,72 Prob>chi2 = 0,000 127 Adj. R <sup>2</sup>	Zeiteffekte: F(14, 98) = 1,42 Prob > F = 0,1593 127 0,95	Zeiteffekte: F(14, 96) = 2,62 Prob > F = 0,0029 127 0,94

<sup>a</sup> Die abhängige Variable ist der Frauenanteil im Parlament. Alle Modelle enthalten panel-korrigierte Standardfehler (PCSEs) und eine verzögerte abhängige Variable, um für Heteroskedastizität bzw. Autokorrelation zu kontrollieren. \*p<0,10; \*\*p<0,05; \*\*\*p<0,01.

Zunächst ist festzuhalten, dass alle drei Modellvarianten insgesamt signifikant sind und eine hohe Erklärungskraft besitzen. Sowohl unsere hier im Zentrum der Analyse stehenden unabhängigen Variablen als auch eine Reihe von Kontrollvariablen tragen also zur Erklärung der Frauenrepräsentation in den deutschen Landesparlamenten bei unterschiedlichen Wahl-systemkonstellationen bei. Die drei hier berichteten Modellvarianten unterscheiden sich im Hinblick auf eine zentrale Kontrollvariable. In Modell 1 testen wir, welchen zusätzlichen Erklärungsbeitrag der Sitzanteil der Christdemokraten als indirekter Indikator für konservative Einstellungen zur Rolle der Frau in der Politik neben dem Katholikenanteil leistet. Modell 2 verzichtet auf den Sitzanteil der Christdemokraten und prüft stattdessen, ob postmaterialistische Einstellungen – hier indirekt über den Stimmenanteil der Grünen gemessen – signifikant auf die Repräsentationsquote Einfluss ausüben. Modell 3 schließlich ersetzt den Stimmen- durch den Sitzanteil der Grünen.

Unsere Ergebnisse stehen im Einklang mit Erkenntnissen der bisherigen Forschung. Die meisten Kontextvariablen zeichnen sich auch im deutschen subnationalen Vergleich durch einen systematischen Einfluss auf die Chancen für Frauen, Parlamentsmandate zu gewinnen, aus. Der Anteil erwerbstätiger Frauen, der Katholikenanteil, der Urbanisierungsgrad und interessanterweise auch die Scheidungsrate tragen bei Berücksichtigung aller anderen hier aufgenommenen Variablen zu einem Anstieg der Frauenrepräsentation bei. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf scheint in die entgegengesetzte Richtung zu wirken. Dies ist aber vermutlich deshalb der Fall, weil in den neuen Bundesländern ein relativ niedriges Bruttoinlandsprodukt pro Kopf mit einer vergleichsweise hohen Frauenrepräsentationsrate einhergeht. Entfernt man diese Länder aus dem Datensatz, verliert der Indikator an Signifikanz. Insofern muss dieser Befund nicht dem internationalen Forschungsstand widersprechen. Unter den unabhängigen Variablen sind mit klarem Abstand die Quotenregelungen am wirkungsmächtigsten. Auch das ist nicht weiter überraschend.

Innovativ sind dagegen unsere Befunde zu den anderen unabhängigen Variablen. Mit Ausnahme der Zahl der Stimmen, die in keinem Modell signifikant ist, tragen alle Variablen zur Erklärung der Varianzen bei der Frauenrepräsentation bei. Vor allem der Anteil der Direktmandate (als Input-Variable) und die effektive Parteienzahl weisen einen im Modellvergleich durchgängigen Effekt in der erwarteten Richtung auf. Während die Listenwahlkreisgröße allein nur in einem Modell schwach signifikant wirkt, zeigt sich in der Kombination dieses Ergebnisses mit jenem der effektiven Parteienanzahl, dass auf der Aggregationsebene des Parlaments ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Zahl der gewinnbaren Mandate der großen Parteien und den Repräsentationschancen von Frauen besteht. Insofern ist die „party magnitude“ (Matland 1998) wie erwartet von großer Bedeutung dafür, dass die Parteien ein „ticket-balancing“ im Sinne der deskriptiven Repräsentation von Frauen betreiben können. Diese unabhängigen Variablen wirken jeweils eigenständig auf die Frauenrepräsentation ein. Darüber hinaus haben wir Modelle gerechnet, die zusätzlich Interaktionsterme (Quotenindex \* effektive Parteienzahl und Quotenindex \* Listenwahlkreisgröße) enthalten und damit geprüft, ob der beobachtete Effekt vornehmlich auf ein Zusammenwirken von Quotenregelungen und Wahlsystemelementen der Output-Seite zurückgeführt

werden kann.<sup>18</sup> Die Interaktionsterme sind in keinem Fall signifikant, und das Gesamtmodell bleibt robust.

Schließlich erweist sich auch unsere Vermutung, dass der gesellschaftliche Wertewandel in Richtung postmaterialistischer Einstellungen Frauen den Weg in die Parlamente ebnet, als zutreffend. Wenn wir davon ausgehen, dass ein enger Zusammenhang zwischen dem Anteil an Postmaterialisten und demjenigen der Wähler der Grünen in den Bundesländern besteht, dann deckt unser hier verwandelter Indikator eine wichtige Erklärung des Anstiegs der Frauenrepräsentation seit den 80er-Jahren unabhängig von der Einführung von Quotenregelungen auf. Zusätzlich zeigt der Vergleich der Modellvarianten 2 (Stimmenanteil der Grünen) und 3 (Sitzanteil der Grünen), dass der Effekt dabei nicht auf die für die Frauenrepräsentation günstigen Nominierungsentscheidungen der Grünen zurückzuführen ist. Denn mit dem Stimmenanteil erfassen wir ja Veränderungen auch bereits dann, wenn die Grünen an der 5%-Hürde scheitern.

Es bleibt die Frage, ob die Befunde in irgendeiner Weise durch die Vereinigung und den Zuwachs an Bundesländern mit sehr speziellen Ausgangsbedingungen beeinflusst werden. Eva Kolinsky hat in den frühen 90er-Jahren im Hinblick auf die neuen Bundesländer gemutmaßt, dass die Parteien im Osten „too new, too focused on unification and too rushed into electoral arrangements and into building a party organization to attend to women's participation“ seien, sodass hier mit einer unterdurchschnittlichen Frauenrepräsentationsquote gerechnet werden müsse (Kolinsky 1993: 138). Um dies zu prüfen, haben wir unser Sample gesplittet und die Ergebnisse eines Subsample ohne die neuen Bundesländer mit dem Gesamtsample verglichen. Die Ergebnisse weichen im Hinblick auf die Wahlsystemvariablen nicht voneinander ab, die Effekte bleiben robust.

#### 4. Konsequenzen

Unsere Ergebnisse bestätigen eindrucksvoll die konzeptionelle Entscheidung, den Einfluss von Wahlsystemen auf die Frauenrepräsentation dadurch zu erfassen, dass Wahlsysteme als umfassende Arrangements verstanden werden und eine Unterscheidung von Input- und Outputelementen vorgenommen wird. Beide Dimensionen sind für Varianzen in der Repräsentationsquote von Frauen in den deutschen Landesparlamenten erkläруngskräftig. Auf der Inputseite wirken sowohl der Anteil der Direktmandate an der Gesamtzahl der Parlamentssitze als auch Quotenregelungen auf die deskriptive Repräsentation ein. Auf der Outputseite ist es insbesondere das Potenzial an gewinnbaren Mandaten, das ein entsprechendes „ticket-balancing“ der Parteiselektorate ermöglicht. Die verschiedenen Wahlsystemelemente wirken dabei eigenständig, sie interagieren also nicht. Quotenregelungen üben ihren Einfluss zusätzlich zum Effekt von Listenkandidatur, einer Mindestgröße der Listenwahlkreise sowie einer relativ geringen Anzahl effektiver Parteien aus. Damit haben wir über die bereits bekannten Wirkungszusammenhänge zwischen Institutionen und Frauenrepräsentation hinaus neue Befunde präsentieren können, die sowohl für die Wahlsystem- als auch für die Frauenrepräsentationsforschung von Bedeutung sind.

18 Die hier aus Platzgründen nicht präsentierten Modelle werden von den Autoren auf Anfrage zur Verfügung gestellt.

Aber nicht nur in analytischer Hinsicht sind unsere Befunde interessant. Sie können auch für politische Akteure relevant sein, die an Wahlsystemreform-Debatten beteiligt sind. In einer „institutional engineering“-Perspektive (Sartori 1994) zeigt sich eindringlich, dass die Komplexität der Effekte berücksichtigt werden muss, wenn die Stärkung deskriptiver Repräsentation ein Ziel der Reform ist bzw. wenn nicht intendierte Effekte vermieden werden sollen. Der Übergang von einem reinen Verhältniswahlsystem zu einem gemischten Wahlsystem auf der Inputseite kann die Möglichkeiten für ein „ticket-balancing“ deutlich beschränken. Auch eine Erhöhung der Zahl der Direktmandate an der Gesamtzahl der Sitze muss wohlüberlegt sein, will man nicht eine Reduzierung der Repräsentation von Frauen im Parlament in Kauf nehmen. Ähnlich verhält es sich bei der immer wieder unter dem Vorzeichen einer engeren Bindung von Listenabgeordneten an die Wähler geforderten Einführung von Regionallisten. Dies mag die personale Beziehung zwischen Wählern und Gewählten stärken, kann sich aber negativ auf die Chancen zur deskriptiven Repräsentation von Frauen und anderen sozialen Gruppen auswirken.

### Literatur

- Ballington, Julie/Matland, Richard*, 2004: Political Parties and Special Measures: Enhancing Women's Participation in Electoral Processes, <http://www.un.org/womenwatch/osagi/meetings/2004/EGMelectoral/EP8BallingtonMatland.pdf> (Stand: 12.08.07).
- Banaszak, Lee Ann/Plutzer, Eric*, 1993: Contextual Determinants of Feminist Attitudes: National and Sub-national Influences in Western Europe, in: American Political Science Review 87 (1), 147-157.
- Barker, Fiona/McLeay, Elizabeth*, 2000: How Much Change? An Analysis of the Initial Impact of Proportional Representation on the New Zealand Parliamentary Party System, in: Party Politics 6, 131-154.
- Beck, Nathaniel/Katz, Jonathan N.*, 1995: What to Do (and Not to Do) with Time Series Cross Section Data, in: American Political Science Review 89 (3), 634-664.
- Beckwith, Karen*, 1992: Comparative Research and Electoral Systems: Lessons from France and Italy, in: Women & Politics 12 (1), 1-33.
- Carroll, Susan J.*, 2003: Have Women State Legislators in the United States Become More Conservative? A Comparison of State Legislators in 2001 and 1988, in: Atlantis 27 (2), 1-23.
- Carroll, Susan J./Jenkins, Krista*, 2001: Unrealized Opportunity? Term Limits and the Representation of Women in State Legislatures, in: Women & Politics 23 (4), 1-30.
- Cassidy, Margaret L./Warren, Bruce O.*, 1996: Family Employment Status and Gender Role Attitudes. A Comparison of Women and Men College Graduates, in: Gender & Society 10, 312-329.
- Caul, Miki*, 1999: Women's Representation in Parliament. The Role of Political Parties, in: Party Politics 5, 79-98.
- Caul, Miki*, 2001: Political Parties and the Adoption of Candidate Gender Quotas: A Cross-National Analysis, in: Journal of Politics 63, 1214-1229.

- Curtice, John*, 2006: Forecasting and Evaluating the Consequences of Electoral Change: Scotland and Wales, in: *Acta Politica* 41, 300-314.
- Davidson-Schmich, Louise*, 2006: The Implementation of Political Party Gender Quotas. Evidence from the German Länder, in: *Party Politics* 12, 211-232.
- Denemark, David*, 2003: Electoral Change, Inertia and Campaigns in New Zealand. The First Modern FPP Campaign in 1987 and the First MMP Campaign in 1996, in: *Party Politics* 9, 601-618.
- Engstrom, Richard L.*, 1987: District Magnitudes and the Election of Women to the Irish Dáil, in: *Electoral Studies* 6 (2), 123-132.
- Ferrara, Federico*, 2004: Electoral Coordination and the Strategic Desertion of Strong Parties in Compensatory Mixed Systems with Negative Vote Transfers, in: *Electoral Studies* 23, 392-413.
- Ferrara, Federico/Herron, Erik S.*, 2005: Going it Alone? Strategic Entry under Mixed Electoral Rules, in: *American Journal of Political Science* 49, 16-31.
- Freedman, Jane*, 2004: Increasing Women's Political Representation: The Limits of Constitutional Reform, in: *West European Politics* 27, 104-123.
- Gertzog, Irwin N.*, 1995: Congressional Women. Their Recruitment, Integration, and Behavior, Westport.
- Gschwend, Thomas*, 2004: Strategic Voting in Mixed-Electoral Systems, Reutlingen.
- Herron, Erik S.*, 2002: Mixed Electoral Rules and Party Strategies. Responses to Incentives by Ukraine's Rukh and Russia's Yabloko, in: *Party Politics* 8, 719-733.
- Herron, Erik S./Nishikawa, Misa*, 2001: Contamination Effects and the Number of Parties in Mixed-Superposition Electoral Systems, in: *Electoral Studies* 20, 63-86.
- Inglehart, Ronald/Norris, Pippa*, 2003: Rising Tide. Gender Equality and Cultural Change, Cambridge.
- Inter-Parliamentary Union*, 2007: Women in National Parliaments, <http://www.ipu.org/wmn-e/world.htm> (Stand: 29.11.07).
- Kaiser, André*, 2002: Gemischte Wahlsysteme. Ein Vorschlag zur typologischen Einordnung, in: *ZPol* 12, 1547-1574.
- Kittel, Bernhard*, 1999: Sense and Sensitivity in Pooled Analysis of Political Data, in: *European Journal of Political Research* 35 (2), 225-253.
- Kolinsky, Eva*, 1993: Party Change and Women's Representation in Unified Germany, in: Joni Lovenduski/Pippa Norris (Hrsg.), *Gender and Party Politics*, London, 113-146.
- Kostadinova, Tatiana*, 2006: Party Strategies and Voter Behavior in the East European Mixed Election Systems, in: *Party Politics* 12, 121-143.
- Lijphart, Arend*, 1994: *Electoral Systems and Party Systems. A Study of Twenty-Seven Democracies, 1945-1990*, Oxford.
- Massicotte, Louis*, 2003: To Create or to Copy? Electoral Systems in the German Länder, in: *German Politics* 12, 1-22.
- Manow, Philip*, 2008: Wiederwahlwahrscheinlichkeiten im deutschen System der personalisierten Verhältniswahl – eine empirische Untersuchung der 16 Bundestagswahlen, in: *ZPol* 18, 145-164.
- Massicotte, Louis/Blais, André*, 1999: Mixed Electoral Systems: A Conceptual and Empirical Survey, in: *Electoral Studies* 18, 341-366.

- Matland, Richard*, 1998: The Effect of Electoral Systems on Women's Representation. Enhancing Women's Political Participation: Legislative Recruitment and Electoral Systems, in: Azza Karam (Hrsg.), *Women in Parliament: Beyond Numbers*, Stockholm, 65-88.
- Matland, Richard*, 1999: Legislative Recruitment: A General Model and Discussion of Issues with Special Relevance to Women. Paper presented at the 1999 ECPR Workshop on Legislative Recruitment, Mannheim, Germany, <http://www.essex.ac.uk/ecpr/events/jointsessions/paperarchive/mannheim/w2/matland.pdf> (Stand: 29.11.07).
- Matland, Richard/Studlar, Donley T.*, 1996a: The Contagion of Women Candidates in Single Member District and Proportional Representation Electoral Systems: Canada and Norway, in: *Journal of Politics* 58, 707-733.
- Matland, Richard/Studlar, Donley T.*, 1996b: The Dynamics of Women's Representation in the Canadian Provinces, 1975-1994, in: *Canadian Journal of Political Science* 29, 269-293.
- Matland, Richard/Studlar, Donley T.*, 1998: Gender and the Electoral Opportunity Structure in the Canadian Provinces, in: *Political Research Quarterly* 51, 117-140.
- Matland, Richard/Studlar, Donley T.*, 2004: Determinants of Legislative Turnover: A Cross-National Analysis, in: *British Journal of Political Science* 34, 87-108.
- Norris, Pippa*, 1997: Passages to Power. Legislative Recruitment in Advanced Democracies, Cambridge.
- Phillips, Anne*, 2003: Recognition and the Struggle for Political Voice, in: Barbara Hobson (Hrsg.), *Recognition Struggles and Social Movements. Contested Identities, Agency and Power*, Cambridge, 263-273.
- Reynolds, Andrew*, 1999: Women in the Legislatures and Executives of the World. Knocking at the Highest Glass Ceiling, in: *World Politics* 51, 547-572.
- Rule, Wilma*, 1987: Electoral Systems, Contextual Factors and Women's Opportunity for Election to Parliament in Twenty-Three Democracies, in: *Western Political Quarterly* 40, 477-498.
- Rule, Wilma*, 1994: Parliaments of, by and for the People: Except for Women?, in: dies./Joseph F. Zimmerman (Hrsg.), *Electoral Systems in Comparative Perspective*, Westport, 15-30.
- Rule, Wilma/Shugart, Matthew Soberg*, 1995: The Preference Vote and Election of Women. Women Win More Seats in Open List PR, <http://www.fairvote.org/reports/1995/chp7/rule.html> (Stand: 06.08.07).
- Sartori, Giovanni*, 1994: *Comparative Constitutional Engineering: An Inquiry into Structures, Incentives and Outcomes*, New York.
- Sawer, Marian/Tremblay, Manon/Trimble, Linda* (Hrsg.), 2006: *Representing Women in Parliament. A Comparative Study*, London.
- Schwindt-Bayer, Leslie A.*, 2005: The incumbency disadvantage and women's election to legislative office, in: *Electoral Studies* 24, 227-244.
- Shugart, Matthew Soberg/Wattenberg, Martin P.* (Hrsg.), 2001: *Mixed-Member Electoral Systems. The Best of Both Worlds?*, Oxford.
- Shvedova, Nadezhda*, 1998: Obstacles to Women's Participation in Parliament, in: Azza Karam (Hrsg.), *Women in Parliament: Beyond Numbers*, Stockholm, 19-41.
- Siaroff, Alan*, 2000: Women's Representation in Legislatures and Cabinets in Industrial Democracies, in: *International Political Science Review* 21, 197-216.

- Snyder, Richard*, 2001: Scaling Down. The Subnational Comparative Method, in: Studies in Comparative International Development 36, 93-110.
- Studlar, Donley T./McAllister, Ian*, 2002: Does a Critical Mass Exist? A Comparative Analysis of Women's Legislative Representation since 1950, in: European Journal of Political Research 41, 233-253.
- Van Deth, Jan W.*, 1998: Equivalence in Comparative Political Research, in: ders. (Hrsg.), Comparative Politics. The Problem of Equivalence, London/New York, 1-19.
- Vengroff, Richard/Nyiri, Zsolt/Fugiero, Melissa*, 2003: Electoral Systems and Gender Representation in Sub-National Legislatures: Is there a National-Sub-National Gender Gap?, in: Political Research Quarterly 56, 163-173.
- Vowles, Jack/Banducci, Susan A./Karp, Jeffrey A.*, 2006: Forecasting and Evaluating the Consequences of Electoral Change in New Zealand, in: Acta Politica 41, 267-284.
- Welch, Susan/Studlar, Donley T.*, 1990: Multi-Member Districts and the Representation of Women: Evidence from Britain and the United States, in: Journal of Politics 52, 391-412.
- Werschkul, Misha/Williams, Erica*, 2004: The Status of Women in the States, The Institute for Women's Policy Research, Washington, <http://www.iwpr.org/States2004/PDFs/National.pdf> (Stand: 12.04.07).

Korrespondenzanschrift:

Prof. Dr. André Kaiser  
Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft  
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät  
Universität zu Köln  
Postfach 41 10 20  
50 870 Köln  
E-Mail: [andre.kaiser@uni-koeln.de](mailto:andre.kaiser@uni-koeln.de)  
Web: <http://www.politik.uni-koeln.de/kaiser/>